

Münchener Erklärung der wirtschaftspolitischen Sprecher der CDU/CSU-Fraktionen in den Bundesländern

im Rahmen der Sprechertagung
vom 1. bis 2. Oktober 2017 in München

Der Wähler hat entschieden. Wir haben den Auftrag, aus diesem Wahlergebnis das Beste für Deutschland zu machen. Der Wähler hat CDU/CSU und Bundeskanzlerin Angela Merkel einen klaren Regierungsauftrag erteilt. Jetzt gilt es, eine tragfähige Regierung zu bilden. Wir fordern die Fraktionen des Deutschen Bundestages (ohne AfD und Linke) dazu auf, jetzt in Sondierungsgespräche und dann in Koalitionsverhandlungen einzutreten. Ziel muss es sein, in diesem Jahr eine handlungsfähige Bundesregierung zu bekommen. Die schwierige internationale Lage mit Neuausrichtung der EU nach dem Brexit, mit politischen Verwerfungen in vielen Teilen der Welt und mit Risiken für die Weltwirtschaft lassen nicht zu, dass es in Deutschland eine lange Hängepartie zur Regierungsbildung gibt.

Wirtschaftliche Ausgangslage

Deutschlands Wirtschaft boomt – auch dank einer gezielten Reformpolitik von CDU und CSU. Wir haben die Arbeitslosigkeit halbiert, den ausgeglichenen Haushalt auf Bundesebene geschafft und wieder wirtschaftliche Dynamik in unser Land gebracht. Unser Wohlstand und unsere Lebensqualität hängen wesentlich vom stetigen und nachhaltigen Wachstum unserer Wirtschaft ab. Sie muss international wettbewerbsfähig bleiben, ihre Fähigkeit zur Innovation ausbauen und ausreichend neue Arbeitsplätze schaffen. Auch und gerade im digitalen Zeitalter und im Zeitalter der Globalisierung.

Es ist unser Ziel, dass die Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Zukunft des Industriestandorts Deutschland bestmöglich gerüstet sind. Nur wenn wir frühzeitig und klug auf kommende Veränderungen reagieren, werden wir für unser Land das Beste schaffen. Eine große Offensive für Digitalisierung und für die Mobilisierung von Fachkräften stehen unmittelbar an.

Für die anstehenden Koalitionsverhandlungen auf Bundesebene sind nach Auffassung der wirtschaftspolitischen Sprecher von CDU und CSU folgende Eckpunkte besonders wichtig:

1. Steuersystem reformieren

Leistung muss sich lohnen. Niemand darf durch Steuern so belastet werden, dass Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft sinken. Deutschlands Beschäftigte sollen durch eine umfassende Steuerreform in der kommenden Legislaturperiode an der guten wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes teilhaben.

- Steuererhöhungen und neue Steuern lehnen wir in allen Bereichen ab. Sie würden Facharbeiter und Mittelstand treffen, Investitionen in unsere Zukunft bremsen und deshalb für alle mehr Schaden als Nutzen stiften. Auch sogenannte Ökosteuern sind eine Belastung, die in der Regel keine Lenkungswirkung entfalten.
- Der Solidaritätszuschlag ist für alle ab dem Jahr 2020 schrittweise schnellstmöglich abzuschaffen. Für die kommende Legislaturperiode muss eine Entlastung von rund 4 Milliarden Euro vereinbart werden.
- Der Einkommensteuertarif muss insgesamt gerechter ausgestaltet werden und den sogenannten „Mittelstandsbauch“ verringern. Insgesamt sollen die Bürger um 15 Milliarden entlastet werden.
- Der Spitzensteuersatz, der immer häufiger bereits bei Einkommen von Facharbeitern, Handwerkern und Mittelständlern greift, soll künftig erst bei einem steuerpflichtigen Jahreseinkommen von 60.000 Euro einsetzen.
- Planbarkeit und Verlässlichkeit bei der Erbschaftsteuer sind vor allem für die Familienbetriebe und den Mittelstand besonders wichtig, um die Fortführung der Unternehmen zu garantieren und Arbeitsplätze zu sichern. Deshalb lehnen wir jede Verschlechterung bei der Erbschaftsteuer ab.
- Wir wollen die Einführung einer steuerlichen Forschungsförderung und den erleichterten Zugang von Start-ups zu Wagniskapital.
- Steuerliche Förderung der energetischen Gebäudesanierung
- Entbürokratisierung der Einfuhrumsatzsteuer

2. Wohnungsbau gezielt fördern

Ausreichender und bezahlbarer Wohnraum in guter Qualität ist eine wichtige Voraussetzung für gutes Leben in Deutschland. Schon in der vergangenen Legislaturperiode haben wir einen Anstieg neu gebauter Wohnungen auf insgesamt eine Million Wohnungen erreicht. Unser Ziel ist klar: Wir brauchen mehr Wohnungen. Wir wollen in dieser Legislaturperiode 1,5 Millionen Wohnungen in Deutschland schaffen.

- Wir fordern die Kommunen auf, Bauland zu schaffen, wo immer es möglich ist.
- Grundbesitzer, die landwirtschaftliche Flächen für Bauland zur Verfügung stellen, sollen die dabei erzielten Einnahmen steuerbegünstigt in den Mietwohnungsbau reinvestieren können. Damit entlasten wir Städte und Ballungsräume.

- Wir werden die Städtebauförderung überarbeiten mit dem Ziel, die Wiederherstellung von Wohnraum innerhalb der Städte und Ortschaften verstärkt zu fördern.
- Die Förderung des sozialen Wohnungsbaus wird ein Schwerpunkt der Investitionsförderung des Bundes sein. Die Länder sind aufgefordert, diesem Beispiel zu folgen.
- Wir werden den Erwerb von selbstgenutztem Wohneigentum fördern, insbesondere für Familien mit Kindern. Hierzu führen wir ein Baukindergeld in Höhe von 1.200 Euro jährlich für jedes Kind neu ein, das auf zehn Jahre gezahlt wird.
- Wir wollen bei der Grunderwerbsteuer Freibeträge für Erwachsene und Kinder einführen. Die Zuständigkeit der Bundesländer bleibt gewahrt. Dies soll für den erstmaligen Erwerb selbstgenutzten Wohneigentums gelten.
- Wir werden den Neubau von Mietwohnungen steuerlich fördern und dafür die degressive AfA für einen begrenzten Zeitraum wieder einführen.
Wir werden die energetische Gebäudesanierung steuerlich fördern und dadurch zusätzliche Anreize schaffen. Die Energiesparverordnung wollen wir auf ihre Wirksamkeit hin überprüfen.
Eine weitere Verschärfung von Energieeffizienzstandards – und damit eine Verteuerung des Bauens – lehnen wir ab.
- Wir werden dafür sorgen, dass der verbilligte Verkauf von Grundstücken des Bundes an Städte und Gemeinden weiter erleichtert wird.
- Die Finanzierung dieser Fördermaßnahmen wird erleichtert durch einen Rückfluss von Steuermitteln aufgrund der zu erwartenden Investitionen.

3. Chancen des digitalen Zeitalters nutzen

Wir sind überzeugt, dass mit der Digitalisierung immense Chancen für Deutschland, seine Bürger und seine Wirtschaft verbunden sind. Wir werden sie mutig ergreifen und entschlossen nutzen. Damit wir vorhandene Arbeitsplätze sichern und neue schaffen, muss Deutschland auch hier Weltspitze sein.

Dafür stellen wir die Weichen:

- Digitalisierung wird in der neuen Legislaturperiode zur Chefsache: Dafür soll die Position eines „Staatsministers für Digitalpolitik“ neu geschaffen und ein Kabinettsausschuss „Digitalpolitik“ eingerichtet werden. Ein „Nationaler Digitalrat“ wird einen engen Austausch zwischen Politik und nationalen sowie internationalen Experten ermöglichen.
- Wir schaffen die „Gigabit-Gesellschaft“. Deutschland soll das Land sein, in dem Daten in Echtzeit überall und für alle verfügbar sind. In Stadt und Land, in Ost und West. Für alle absehbaren Anwendungen: Für das Internet der Dinge, im Verkehrsbereich, in der Medizin, in der Kommunikation. Hierzu werden wir den

flächendeckenden Ausbau von modernsten Gigabitnetzen technologieoffen vorantreiben und bis 2025 realisieren.

- Handy, Smartphone und Tablet sind unverzichtbare Kommunikations- und Arbeitsinstrumente von Bürgern und Wirtschaft. Eine lückenlose Mobilfunkversorgung in Städten wie auch in ländlichen Regionen ist daher von großer Bedeutung für Lebensqualität und die Wettbewerbsfähigkeit in Deutschland. Gerade im ländlichen Raum sind zahlreiche Bereiche ohne ausreichende Netzabdeckung, die sogenannten Funklöcher, ein großes Ärgernis für alle, die auf mobile Kommunikation angewiesen sind. Wir setzen uns dafür ein, den weiteren digitalen Netzausbau für Mobilfunk und Internet in Deutschland mit der Schließung von Funklöchern im Mobilfunknetz zu verbinden.
- Deutschland und Europa müssen Leitmarkt für den neuen 5G-Mobilfunk werden. Diese neue Mobilfunkgeneration ermöglicht Datenübertragung in Echtzeit. 5G wird damit die Schlüsseltechnologie der digitalen Transformation. Wir schaffen die Voraussetzungen für den Ausbau bereits bis 2020 und werden ihn bis 2025 zum Abschluss bringen. Dazu schaffen wir ein investitionsförderndes Umfeld und treiben den Glasfaserausbau zur Anbindung von 5G-Basisstationen voran. Die notwendigen Funkfrequenzen werden wir rasch festlegen und bereitstellen. Bei der Vergabe der Mobilfunkfrequenzen für 5G wollen wir die Ersten sein. Erlöse daraus werden wir in den Ausbau gigabitfähiger Netze investieren.
- Den Vorsprung Deutschlands bei der Vernetzung von Maschinen und Menschen im Bereich der industriellen Produktion (Industrie 4.0 wollen wir ausbauen und auf alle Bereiche ausdehnen, also auch auf Dienstleistungen und Verwaltung ; Wirtschaft 4.0). Durch den Einsatz neuer Technologien und Produktionsverfahren, wie zum Beispiel 3D-Druck, können wir zusätzliche Wachstumschancen schaffen.
- Die Digitalisierung der Arbeitswelt bietet Chancen auf neue Arbeitsplätze, Märkte und Technologien, um das Leben der Menschen zu verbessern. Mit neuen Arbeitszeitmodellen wollen wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern. Dabei kann uns die Digitalisierung helfen.
- In dem durch die Datenschutzgrundverordnung eröffneten Rahmen werden wir ein Datengesetz erarbeiten. Dieses soll den generellen Zugang zu Daten für wirtschaftliche Zwecke ebenso regeln wie Befugnisse der Sicherheitsbehörden und berechnigte Datenschutzinteressen der Bürgerinnen und Bürger.

4. Bürokratieaufwand weiter abbauen

Für mittelständische Unternehmer und Handwerker sind überbordende bürokratische Anforderungen eine ernste Erschwernis für ihren wirtschaftlichen Erfolg. Auch Bürger verbringen viele Stunden mit Behördengängen oder dem Ausfüllen von Formularen. Wir wollen, dass der Staat mit einer modernen und effizienten Verwaltung vorangeht und Wirtschaft und Bürger weiter von Bürokratie entlastet werden.

- Mit der Einführung eines digitalen Bürgerportals und eines elektronischen Bürgerkontos sollen alle Verwaltungsdienstleistungen deutschlandweit elektronisch verfügbar werden. Auch muss hierfür die Möglichkeit für eine rechtssichere und praktikable elektronische Signatur geschaffen werden, mit der sich Bürger und Wirtschaftsteilnehmer leicht und sicher identifizieren können.
- Unnötige Bürokratie und Hindernisse auf dem Weg zur Selbstständigkeit müssen beseitigt werden. Dies soll bis zum Jahr 2019 im Rahmen des „Masterplan Selbstständigkeit“ definiert werden.
- Der gesetzliche Mindestlohn in Deutschland hat sich grundsätzlich bewährt, die vielen Regelungen sind jedoch zu bürokratisch und wenig alltagstauglich. Unnötige Bürokratie soll gleich zu Beginn der neuen Legislaturperiode abgebaut werden.
- Wir sprechen uns dafür aus, dass die auf nationaler Ebene durch die Bundesregierung eingeführte sogenannte Bürokratiebremse („One in, one out“) auch auf europäischer Ebene für alle EU-Regelungsvorhaben eingeführt wird.
- Wir wollen die Abschreibungsgrenze für geringwertige Wirtschaftsgüter, die im Frühjahr 2017 in einem ersten Schritt auf 800 Euro erhöhte wurde, umgehend in einem zweiten Schritt auf 1.000 Euro anheben.
- Wir wollen eine Verkürzung der steuerlichen und handelsrechtlichen Aufbewahrungsfristen von zehn auf fünf Jahre.
- Überprüfung der Vergabe- und Ausschreibungsregelungen, im Besonderen hinsichtlich der Anhebung der Schwellenwerte.

5. Fachkräftemangel angehen

Unser Land braucht geeignete und qualifizierte Fachkräfte in großer Zahl. Kein Arbeitsplatz soll unbesetzt bleiben, weil es an Fachkräften fehlt. Wir wollen das Arbeitskräftepotenzial in unserem Land besser ausschöpfen, neues Wachstum schaffen und die Arbeitslosigkeit weiter verringern. Wir werden unsere Anstrengungen in den Bereichen Bildung, Ausbildung und Weiterbildung erheblich ausbauen.

- Im Besonderen bekennen wir uns zur beruflichen Bildung und wollen sie weiter stärken.
- Wir werden den Meisterbrief erhalten. Wir werden prüfen, wie wir ihn für weitere Berufsbilder EU-konform einführen bzw. wieder einführen können.
- Durch einen „Meisterbonus“ wollen wir ermöglichen, dass bei bestandener Meisterprüfung angefallene Gebühren ganz oder teilweise erstattet werden.
- Wir werden gemeinsam mit Ländern, Kammern und Sozialpartnern das Modell der „Höheren Berufsbildung“ etablieren. Das heißt: Mehr und neue Aufstiegschancen für dual Ausgebildete. Damit eröffnen wir aufstiegsorientierten Menschen ohne Abitur und Studium neue attraktive Karriereperspektiven.

- Zusätzliche Beratung, passgenaue Unterstützungsangebote sowie Qualifizierung werden die Attraktivität der beruflichen Bildung steigern und für mehr Abschlüsse sorgen.
- Als Beitrag zur Steigerung der Attraktivität von Berufsbildern, zu gesundem, qualitätsorientiertem Wettbewerb und für zukünftig auskömmliche Renten in vielen Branchen des Dienstleistungs- und Transportsektors und Teilen des Handwerks brauchen wir u.a. Instrumente gegen die „Abwärtstendenz zum Mindestlohn“.

Den Fachkräftezufluss nach Deutschland haben wir in den vergangenen Jahren bereits erheblich verbessert und vereinfacht. Dieser Bedarf wird in den nächsten Jahren weiter steigen – aufgrund unserer guten wirtschaftlichen Entwicklung und wegen der rückläufigen Zahl junger Menschen, die neu ins Erwerbsleben eintreten. Ausreichend Fachkräfte, die dem Arbeitsmarkt in den verschiedenen Bereichen zur Verfügung stehen, ziehen ihrerseits die Schaffung weiterer Arbeitsplätze nach sich.

- Wir fordern deshalb ein Regelwerk zur Steuerung von Einwanderung in den Arbeitsmarkt, das sich am Bedarf unserer Volkswirtschaft orientiert.
- Ein solches „Fachkräfte-Zuwanderungsgesetz“ soll die bereits bestehenden Regelungen zusammenfassen und, wo nötig, effizienter gestalten.
- Voraussetzung sind der Nachweis eines konkreten Arbeitsplatzes und die Sicherung des Lebensunterhalts. Eine Einwanderung in die sozialen Sicherungssysteme lehnen wir ab.
- Mit einer klug gesteuerten und begrenzten Einwanderungspolitik für Fachkräfte unterstützen wir die Schaffung von Arbeitsplätzen in Deutschland und verringern spürbar die Attraktivität von illegaler Einwanderung und Migration.

6. Verkehrsinfrastruktur und Mobilität auf die Zukunft ausrichten

Eine funktionierende Infrastruktur und Mobilität ist Grundlage unserer internationalen Spitzenposition bei Lebensqualität, Arbeit, Wachstum und Wohlstand. Wir wollen unsere Straßen, Schienen und Wasserwege daher weiter stärken und fit machen für die Verkehrszuwächse der Zukunft. Individuelle Mobilität muss genauso verfügbar sein wie die Nutzung des Öffentlichen Personennahverkehrs oder der Bahn. Dies wird dauerhaft nur möglich sein, wenn wir die Anliegen von Mobilität und Umweltschutz nicht als Gegensatz begreifen.

- Mit einem Planungsbeschleunigungsgesetz wollen wir Erleichterungen erzielen bei der Planung und Durchführung von Infrastrukturprojekten sowie beim Abrufen von Fördermitteln. Wo immer möglich und vertretbar, soll die Dauer von Planungsverfahren durch Entbürokratisierung verkürzt werden.
- In der vergangenen Legislaturperiode konnten unsere Investitionen in die Infrastruktur um 40 Prozent auf Rekordniveau gesteigert werden. Diese hohen

Mittel für Infrastruktur wollen wir im neuen Bundesverkehrswegeplan mindestens verstetigen.

- Wir setzen einen klaren Investitionsschwerpunkt auf die Modernisierung der Schieneninfrastruktur und beschleunigen die Elektrifizierung wichtiger Bahnstrecken. Wir wollen außerdem allen Bürgerinnen und Bürgern hindernisfreie Mobilität ermöglichen. Ein Schlüsselprojekt ist dabei ein Programm zur Förderung von Barrierefreiheit auf Bahnhöfen, U-Bahnen, Straßen- und Stadtbahnstationen.
- Deutschland ist seit über 100 Jahren führend in der Automobiltechnologie. Wir sprechen uns für Technologieoffenheit und gegen planwirtschaftliche Vorgaben im Automobilsektor aus. Wir wollen, dass Deutschland innovationsführend wird in der Produktion alternativer umweltfreundlicher Antriebe, wie zum Beispiel der Elektromobilität, und die Entwicklung autonomer Fahrzeuge zur Marktreife führt. Hierfür müssen die staatlichen und gesetzlichen Rahmenbedingungen weiter verbessert werden. Auch die Entwicklung anderer klimaschonender Technologien, wie sparsamerer Verbrennungsmotoren und synthetischer Kraftstoffe wollen wir unterstützen.
- Bis sich emissionsfreie Mobilitätsformen durchgesetzt haben, bleiben Verbrennungstechnologien, insbesondere auch moderne Dieselfahrzeuge, unverzichtbar. Pauschale Fahrverbote für bestimmte Fahrzeugtypen lehnen wir ab.
- Die Förderung des Aufbaus einer flächendeckenden Lade- und Tankinfrastruktur, die alle Regionen für die Elektro- und Wasserstoffmobilität erschließt, führen wir fort – und errichten 50.000 Ladesäulen in ganz Deutschland.
- Auch die Umrüstung der Fuhrparks von Behörden, Handwerksbetrieben und Taxiunternehmen, von Bussen und Bahnen werden wir energisch vorantreiben und fördern.
- Eine weitere wichtige Säule für unsere Ballungsräume ist die Fahrradmobilität – den Fahrradverkehr und den Radwegbau wollen wir weiter fördern u.a. mit einem Programm zur Förderung von Radschnellwegen.
- Die Potenziale der Digitalisierung müssen wir auch im Verkehrssektor nutzen – u.a. durch die intelligente Vernetzung verschiedener Verkehrsangebote und die Shared Mobility. So kann der Verkehrsfluss in den Städten verbessert werden, der Verbrauch, Schadstoffausstoß und Wegezeiten reduziert werden.
- Wir wollen darauf hinwirken, dass bei dem Ausbau der Infrastruktur der Flächenverbrauch einschließlich ökologischer Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen möglichst gering gehalten werden.
- Wir wollen den Öffentlichen Personennahverkehr mit einem deutschlandweit einheitlichen digitalen Ticket noch attraktiver machen und unsere Verkehrsverbünde intelligent vernetzen und in einem System zusammenführen. Es soll eine App und ein digitales Ticket geben, mit dem Fahrgäste überall in Deutschland fahren können.

7. Freien Handel erhalten und ausbauen

Die Globalisierung trägt wesentlich zur Schaffung unseres Wohlstands bei. Deutschland ist eine Exportnation, die von offenen Märkten und internationalen Lieferbeziehungen besonders profitiert. Auch der Prozess der Globalisierung braucht Regeln und Standards, um Auswüchse und Fehlentwicklungen zu verhindern. Gegen unfaire Handelspraktiken werden wir uns schützen. Nicht zuletzt deshalb ist die Zusammenarbeit im Rahmen von G7 und G20 so wichtig, und brauchen wir die Europäische Union und die Vereinten Nationen, die OECD, die Weltbank und den Internationalen Währungsfonds.

- Die USA sind und bleiben ein zentraler Partner, gerade auch im Bereich von Handel und Wirtschaft. Unser Ziel bleibt weiterhin ein ambitioniertes und umfassendes Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA.
- Wir fordern faire Verhandlungen mit dem Vereinigten Königreich über den Brexit. Ziel muss auch sein, die wirtschaftlichen Verflechtungen so eng und diskriminierungsfrei wie möglich zu halten. Gleichzeitig muss auch klar sein, dass es für das Vereinigte Königreich nach dem Austritt aus der Europäischen Union kein „Rosinenpicken“ geben kann. Die europäischen Grundfreiheiten sind als Ganzes unverhandelbar.
- Wir begrüßen das zwischen der EU und Kanada abgeschlossene Freihandelsabkommen CETA, dessen schnelle Ratifizierung wir fordern, und die politische Einigung der EU über eine neue Wirtschaftspartnerschaft mit Japan.
- Wir fordern weitere bilaterale Abkommen der EU mit wichtigen Handelspartnern, vor allem in Asien und Lateinamerika, aber ebenso Rohstoffabkommen und Vereinbarungen über technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit.
- Wir begrüßen daher die Ankündigung von EU-Kommissionspräsident Juncker vom 13. September, die europäische Handelsagenda weiter zu stärken und neue Verhandlungen mit Australien und Neuseeland über Handelsabkommen aufzunehmen.
- Die Bundesregierung hat einen Marshallplan mit Afrika mit dem Ziel entwickelt, eine neue Lern- und Entwicklungspartnerschaft zwischen Afrika und Europa zu erwirken. Die wirtschaftspolitischen Sprecher der Länder und im Bund fordern daher die Landesregierungen auf, die Bundesregierung dabei zu unterstützen den ganzheitlichen und partnerschaftlichen Ansatz, Afrika nachhaltig weiterzuentwickeln voranzutreiben. Die Strategie des Plans ist unter anderem das Investitions- und Innovationsklimas zu verbessern, Rechtssicherheit zu schaffen und Korruption zu bekämpfen.

8. Energiewende mit effektivem Klimaschutz, Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit

Wir wollen ein neues, wettbewerbsorientiertes Energiemarktdesign, mit dem der Ausbau des Leitungsnetzes, die Speicherforschung, Energieeffizienzmaßnahmen, der Ausbau der erneuerbaren Energien, die Einbindung des konventionellen Kraftwerksparks als wichtige Säule der Versorgungssicherheit und die Sektorkopplung besser synchronisiert werden können.

Heute steht in Deutschland ein moderner Kraftwerkspark, eine hocheffiziente Kohleverstromung und eine maßgeblich durch umweltpolitische Zielsetzungen geprägte Energieversorgung zur Verfügung. Durch Umwelttechnologien sind die Emissionen aus Kohlekraftwerken bereits deutlich reduziert worden. Für den Kraftwerkspark muss in den Koalitionsverhandlungen Planungssicherheit geschaffen werden.

Für die CDU/ CSU sind drei Prämissen für die Energieversorgung in Deutschland maßgebend:

- a) Stabilität und Sicherheit
- b) Wirtschaftlichkeit und Bezahlbarkeit
- c) Nachhaltigkeit und langfristige Ausrichtung.

Dies wird durch folgende Themen und Positionen verdeutlicht:

- Sichere, preiswerte und nachhaltige Energieversorgung: Der Dreiklang aus Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Nachhaltigkeit muss immer auch aus Sicht für den Industriestandort Deutschland betrieben werden.
- Ausgewogener Energiemix – keine Diskriminierung der Braunkohle: Die energetische Nutzung der Braunkohle, die zu 25 % der Grundlast im Stromnetz sicherstellt, ist für eine Übergangszeit bis zur Erreichung einer sicheren Versorgung aus anderen Energiequellen unverzichtbar. Bei der Bewertung unterschiedlicher Energieträger sind immer die volkswirtschaftlichen Gesamtkosten zu betrachten.
- Technologieoffene Forschung und Entwicklung: Die CDU/ CSU setzt sich für eine Stärkung der Energieforschung und Speichertechnologie ein. Dies gilt für die stoffliche wie auch die energetische Nutzung einheimischer Rohstoffe, die Forschung an erneuerbaren Energieträgern sowie für neue Verfahren zur Energieeinsparung und -speicherung.
- Energieeffizienz und Energieproduktivität steigern: Die CDU/ CSU steht als Partei der Sozialen Marktwirtschaft dafür, bei allen Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Steigerung des Einsatzes erneuerbarer Energien die Frage der Wirtschaftlichkeit vorrangig zu berücksichtigen.

- Bedarfsgerechten Ausbau des Leitungsnetzes voranbringen: Der Ausbau sowohl der Verteilnetze als auch des bundes- und europaweiten Übertragungsnetzes ist unverzichtbar für die Sicherheit der Stromversorgung.
- Energiespeicher ausbauen und weiterentwickeln: Mit dem Auslaufen der Kernkraftnutzung, der Reduzierung konventioneller Kraftwerksleistung und dem gewollten Anstieg volatiler erneuerbarer Energieträger ist ein paralleler Aufwuchs an kostengünstigen und effizienten Speichern für Strom anzustreben. Wir treten deshalb für den Ausbau von Stromspeichern und die Entwicklung neuer Technologien ein.

9. Energieintensive Industrien in Deutschland und Europa erhalten

Die Grundstoffindustrie bildet das Rückgrat vieler industrieller Wertschöpfungsketten, die auch in Zukunft gesichert werden müssen. Insbesondere die energieintensive Stahlindustrie zählt zum industriellen Kern Deutschlands und Europas. Sie befindet sich in einem scharfen internationalen Wettbewerb. Die Energiewende ist eine zentrale gesellschaftliche Herausforderung, der sich diese Unternehmen mit modernster Technik und Investitionen in Energieeffizienz und Emissionsminderung seit Jahren stellen. Ein wichtiges Klimaschutzpolitisches Instrument bildet der Europäische Emissionsrechtehandel. Derzeit wird die Ausgestaltung der 4. Handelsperiode ab dem Jahr 2021 diskutiert. Die Trilogverhandlungen zwischen Europäischem Parlament, Europäischem Rat und der Kommission sollen bis Ende 2017 abgeschlossen sein. Industrielle Anliegen finden in den Verhandlungen bisher kaum Berücksichtigung. Die Bundesregierung muss sich daher nun mit Nachdruck für konkrete Verbesserungen an dem Kommissionsvorschlag einsetzen. Dabei sind folgende Leitplanken zu beachten:

- Ein „Carbon Leakage“, d.h. die Abwanderung intensiver Industrien aus Europa, muss verhindert werden. Damit wäre weder den Europäischen Volkswirtschaften noch dem Weltklima gedient, denn die Klimaschutzvorschriften – und Arbeitsschutzvorschriften – im Europäischen Ausland und insbesondere in China sind weit weniger ambitioniert als in Europa. Insbesondere müssen die Aktivitäten der Stahlindustrie vollumfänglich als „carbon leakage“-gefährdet anerkannt werden.
- Die Benchmarks müssen sich am technisch und wirtschaftlich Machbaren orientieren, nicht an theoretischen Werten. Sie müssen auf Basis der 10% effizientesten Anlagen bestimmt werden. Der Kohlenstoffgehalt der bei der Eisen- und Stahlerzeugung zwangsläufig entstehenden Kuppelgase muss, auch wenn sie in der Stromerzeugung eingesetzt werden, vollständig berücksichtigt werden.
- Die Emissionsobergrenzen für die Industrie (sog. „Industriecap“) müssen im Vergleich zum Kommissionsvorschlag um bis zu fünf Prozent angehoben werden, um einen Korrekturfaktor zu vermeiden und realistische Benchmarks zu ermöglichen.

- Das bisherige System der (vollständigen) Strompreiskompensation auf nationaler Ebene für besonders stromintensive Sektoren, wie der Stahlerzeugung, muss erhalten bleiben. Es dürfen dabei keine Begrenzungen eingeführt werden.

10. Förderung des innerstädtischen, inhabergeführten Einzelhandels

Das klassische Bild einer deutschen Innenstadt ist geprägt von auch kleinflächigem Einzelhandel. Diese Geschäfte werden häufig durch den Inhaber selbst geführt. Gerade diesen Geschäften ist durch den immer stärker werdenden Handel im Internet Konkurrenz entstanden, für die Ladenmieten, Personalkosten und Ladenöffnungszeiten keine Bedeutung besitzen. Die Folgen sind klar ersichtlich und schlagen sich auch in Statistiken nieder. Waren im Jahr 1995 noch 31,2% der Einzelhandelsgeschäfte inhabergeführt, sank diese Zahl bis 2010 auf lediglich 14,1%. Wir setzen uns dafür ein, dass Nachteile, die dem inhabergeführten Einzelhandel durch die Konkurrenz aus dem Internet entstehen, abgemildert werden. So gelingt es uns, ein vielfältiges Stadtbild zum Wohl der Bewohner und Gewerbetreibenden sicherzustellen.

- Wir fordern Bund, Länder und Kommunen dazu auf, zu untersuchen, welche Maßnahmen, auch steuerlicher Art, zur Unterstützung des innerörtlichen mittelständischen Einzelhandels getroffen werden können.
- Wir fordern eine weitsichtige Stadtentwicklungspolitik, die eine Verkehrspolitik umfasst, welche innerstädtischen Einzelhändlern die Belieferung nicht unnötig erschwert. Eine Verbesserung des Sicherheitsgefühls kann sicherstellen, dass Bürger gerne in Innenstädten einkaufen.